

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

100. Sitzung

von Mittwoch, dem 9. April, bis Freitag, dem 11. April 2003,
in Luxemburg

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Wolfgang Kubicki (FDP)

in Vertretung von Dr. Heiner Garg

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Teilnehmer

Klaus Qualen, Vizepräsident des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein

Ole Schmidt, Geschäftsführer des Finanzausschusses

Mittwoch, 9. April 2003

Nach einem Empfang und politischem Briefing durch den **Botschafter** der Bundesrepublik Deutschland in Luxemburg, Herrn Roland Lohkamp, am Mittwochnachmittag führt der Ausschuss im **Europäischen Rechnungshof** ein Gespräch mit Dr. Hedda von Wedel, dem deutschen Mitglied des Europäischen Rechnungshofes, ihrem Kabinettschef Erich Haenelt und Abteilungsleiter Leon Kirsch (der Vortrag von Herrn Haenelt über die Funktion des Europäischen Rechnungshofes ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt).

Donnerstag, 10. April 2003

Am Donnerstagvormittag führt der Ausschuss ein Gespräch mit dem **luxemburgischen Premier- und Finanzminister** Jean-Claude Juncker über die europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik. Der Premierminister mahnt die Einhaltung des europäischen Stabilitätspaktes unter Gewährung einer gewissen Flexibilität der Stabilitätskriterien an. Um die Geldwertstabilität nicht zu gefährden, sollte die Eurozone nicht vorschnell um die neuen Beitrittsländer erweitert werden. Von entscheidender Bedeutung sei eine koordinierte Wirtschaftspolitik, die dem gesamten Euroraum förderlich sei. Dazu gehörten weiter gehende steuerrechtliche Harmonisierungen über die Verständigung bei der Zinsertragsteuer hinaus, die gegenwärtig von Italien blockiert werde. Eine Abschaffung der Gewerbesteuer sei am Widerstand der Kommunen gescheitert. Wichtig seien gewisse Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt (zum Beispiel das Aufbrechen des Flächentarifvertrages), allerdings keine vollständige Zerschlagung arbeitsrechtlicher Schutzbestimmungen (Kündigungsschutz). Die Erweiterung der Europäischen Union von gegenwärtig 15 auf 25 Mitgliedstaaten im kommenden Jahr werde eine große Herausforderung darstellen und die erforderlichen Abstimmungsprozesse noch schwieriger machen.

Am Donnerstagnachmittag berichtet Dr. Hans-Albrecht Sasse über Geschichte, Aufgabe und Bilanz der Landesbank-Tochtergesellschaft in Luxemburg (die Presse-Information ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt), Vorstandsvorsitzender Hans Berger über die Geschäftsentwicklung der Landesbank und den Prozess der Fusion von **Landesbank** Schleswig-Holstein und Hamburgischer Landesbank zur HSH Nordbank AG (vergl. Finanzausschusssitzung am 27. März 2003), die sich als führende nordeuropäische Geschäftsbank insbesondere auf Hamburg, Schleswig-Holstein und den Ostseeraum ausrichte und auf den Geschäftsfeldern Schiffsfinanzierung, sonstige Transportfinanzierung und Projektentwicklungsfinanzierung tätig sei. Die Verhandlungen über den Verkauf der gegenwärtig von der Baden-Württembergischen Landesbank gehaltenen Anteile seien noch offen. Die Zuordnung von Kompetenzen zwischen Hamburg und Kiel erfolge im Wesentlichen unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Geplant sei, die Eigenkapitalrentabilität der Bank von derzeit 10,4 % auf etwa 17 % im Jahre 2005 zu steigern und dann an die Börse zu gehen.

Der Ausschuss setzt die Gespräche mit der Landesbank insbesondere über den Fusionsprozess beim gemeinsamen Abendessen im Restaurant „Cercle Munster“ fort.

Freitag, 11. April 2003

Freitag beginnt der Ausschuss mit einer **Stadtrundfahrt**.

Nachmittags führt er Gespräche im **Europäischen Gerichtshof** mit der deutschen Richterin Dr. Colneric und dem österreichischen Richter Jann sowie dem deutschen Richter Pirrung??? am Gericht erster Instanz über die Aufgaben der europäischen Gerichtsbarkeit. Auch hier steht die Frage im Mittelpunkt, wie die Europäische Union ihre Aufgaben (insbesondere die Sprachenvielfalt) nach der Erweiterung um zehn Mitgliedstaaten im kommenden Jahr bewältigen wird. Rund die Hälfte des Personals des Gerichts entfalle auf den Sprachendienst; als Übersetzer würden Volljuristen beschäftigt, die mehrere Sprachen beherrschten und gut bezahlt würden.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer

DER EUROPÄISCHE RECHNUNGSHOF

➤ Die Mitglieder und Stellung des ERH

Besteht seit Oktober 1977, vorher Kontrollausschuß der Kommission und Rechnungsprüfer der EGKS, 15 Mitglieder, Mandat sechs Jahre, Wiederernennung möglich, Anhörung vor dem Haushaltskontrollausschuß, danach vertrauliche Abstimmung im Plenum, Ernennung durch den Rat.

Mitglieder müssen fachkompetent sein und üben ihr Amt in voller Unabhängigkeit aus, richterliche Unabhängigkeit, Aus ihrer Mitte geheime Wahl eines Präsidenten als Primus inter Pares zwar für drei Jahre, Wiederwahl möglich, Hof arbeitet als Kollegialorgan. Inzwischen mehr als 600 Mitarbeiter, Gliederung in Prüfungsgruppen.

Seit Januar 1993 mit dem Maastrichter Vertrag in den Rang eines Organs erhoben neben Parlament, Rat, Kommission und Gerichtshof. Dadurch mehr Rechte, z. B. Klagemöglichkeiten vor dem Europäischen Gerichtshof.

➤ Prüfungsauftrag

Prüft alle Einnahmen und Ausgaben der EU und überzeugt sich von der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung. Prüfung erfolgt unter zwei Gesichtspunkten, und zwar der Recht- und Ordnungsmäßigkeit und der Wirtschaftlichkeit. Hof muß nicht warten, bis eine Maßnahme abgeschlossen und abgerechnet ist. Prüft bereits dann, wenn eine finanzwirksame Entscheidung getroffen wurde. Diese zeitnahe oder mitlaufende Finanzkontrolle ermöglicht die Korrektur einer fehlerhaften Maßnahme bevor ein Schaden für den Haushalt der Gemeinschaft eingetreten ist.

Seit dem Maastrichter Vertrag hat der Hof eine besondere Verpflichtung. Er muß gegenüber dem Europäischen Parlament und dem Rat eine Erklärung über die Zuverlässigkeit

der Rechnungsführung abgeben. Wichtig hierbei ist, daß sich dieses Testat nicht nur auf die Konten, sondern auch auf die den Konten zugrundeliegenden Vorgänge erstreckt.

Die Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung ist der andere Schwerpunkt der Arbeit des ERH. Einhaltung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit. Anders als bei der Recht- und Ordnungsmäßigkeitsprüfung ist dies eine Ermessensprüfung. Zu prüfen ist beispielsweise ob ein Projekt hätte kostengünstiger durchgeführt werden können. Stoßen dabei an die Grenzen der Politik.

Hof übt auch eine beratende Tätigkeit in Form von Avis aus. Solche Stellungnahmen sind zwingend vor der Verabschiedung von Rechtsvorschriften mit finanziellen Auswirkungen sowie bei Maßnahmen im Bereich der Betrugsverbeugung vorgeschrieben.

➤ Prüfungsvolumen

- EU-Haushalt beläuft sich auf etwa 100 Mrd. Euro, Abrufungshaushalt, etwa 95 % Subventionshaushalt, 80% werden in den Mitgliedstaaten ausgegeben, 20% im Rest der Welt. Etwa 5% des EU-Haushalts sind Verwaltungsausgaben, Anteil im Bundeshaushalt etwa 12%.

1,27 % des BSP der Gemeinschaft, bisher nie ausgeschöpft, zur Zeit etwa 1,12 % bei den Zahlungen. Wichtig: Plafonds von 1,27 % darf nicht aufgestockt werden, reicht für die Erweiterung aus.

▪ Einnahmenseite

- Traditionelle Eigenmittel (insbesondere Zölle) 16 Mrd. Euro.
- Mehrwertsteuer-Anteil etwa 37 Mrd. Euro;
- BSP-Anteil 41 Mrd. Euro, mit dem stets der Haushaltsausgleich erzielt wird.

Aufgrund der Berliner Beschlüsse war ein sogenannter Eigenmittelbeschluß fällig, der die Bemessung für die Berechnung der Ablieferungen an die EU enthält. Er sieht vor:

- Die auf dem BSP beruhende Komponente wurde weiter verstärkt. Dafür wurde der Anteil der EU an den Mehrwertsteuereinnahmen der Mitgliedstaaten von 1% in zwei Schritten gesenkt, und zwar im Jahr 2002 auf 0,75% und im Jahr 2004 auf 0,50%. Durch diese Verringerung ist der Anteil der Mehrwertsteuer-Eigenmittel von fast 70% im Jahre 1999 auf rund 25% in diesem Jahr gesunken. Im Jahre 2004 wird er voraussichtlich nur noch etwa 15% betragen.
- Die BSP-Komponente hat sich damit zur höchsten Einnahmequelle der EU entwickelt. Im Jahre 2004 wird der Prozentsatz voraussichtlich auf 75% steigen. Von vielen, auch vom Europäischen Parlament, wird diese Verschiebung des Einnahmeaufkommens als eine gerechtere Lastenverteilung angesehen. Das BSP gibt am besten den relativen Wohlstand der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten der EU wider.

- Ausgabenseite

- Agrarpolitik 45 Mrd. Euro;
 - Strukturmaßnahmen 33 Mrd. Euro;
 - Externe Hilfen (Entwicklungshilfe, PHARE und TACIS) 7,5 Mrd. Euro;
 - Zusätzlich: Europäischer Entwicklungsfonds jährlich 2,5 Mrd. Euro;
 - Interne Politikbereiche (Forschung, Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Transeuropäische Netze usw.) 6 Mrd. Euro;
- Finanzrahmen in Berlin bis 2006 beschlossen, auch Kohäsionsfonds, mögliches Veto von Spanien in 2007.

- Prüfungsweg

Basis Arbeitsprogramm, Prüfung beginnt mit dem Akten-Studium in der Kommission, danach an Ort und Stelle bis zu den Endbegünstigten in den Mitgliedstaaten. Ein Subventionsempfänger hat die Verwendung der gewährten Hilfe nachzuweisen.

Prüfungstätigkeit auch außerhalb der EU aus, insbesondere im Bereich der Entwicklungshilfe und in Mittel- und Osteuropa, weltweite Prüfungstätigkeit.

➤ Unregelmäßigkeiten und Betrug

Wir stoßen bei unseren Prüfungen regelmäßig auf Unregelmäßigkeiten oder Betrug, sind weder Polizei noch Staatsanwalt, bei Verdacht wenden wir uns an OLAF und an die nationalen Verwaltungen. Aus Erfahrung wissen wir, welche Bereiche in der EU besonders risikoreich im Hinblick auf Unregelmäßigkeiten und Betrug sind, benötigen keinen Anfangsverdacht wie ein Staatsanwalt, sondern können sofort tätig werden.

➤ Benötigt der ERH Sanktionen?

Eine Reihe von Rechnungshöfen in der EU haben Sanktionsmöglichkeiten, zum Beispiel der griechische, italienische und französische Rechnungshof. Es gab den Versuch, dem ERH bestimmte Sanktionsrechte einzuräumen. Waren dagegen, weil wir versuchen, mit der Qualität unserer Arbeit zu überzeugen, möchten dem Geprüften nicht als Staatsanwalt, sondern als Kollege gegenüber treten, Verbündete sind das Europäische Parlament, die Medien und der Steuerzahlerbund.

➤ Agrarpolitik

Mid-term-Review der Kommission sieht vor:

- Direktbeihilfen nicht mehr an die Produktionsmenge gekoppelt, kommt WTO entgegen, weil weniger handelsverzerrend;
- Jährliche Kürzung der Direktzahlungen um 3 %, im Endeffekt eine Kürzung um ein Fünftel;

- Angesparte Mittel sollen in ländliche Entwicklung fließen (Dorferneuerung, Aufforstungsprogramm usw., so genannte Modulation);
- Kandidatenländer sollen von 2004 an nur 25 % der Beihilfen erhalten, 100 % bis 2013 vorgesehen.

- **Strukturpolitik**

- Ziel 1 - Unterentwickelte Gebiete 75 % des Pro-Kopf-BIP-Aufkommens;
- Ziel 2 - Industrieanpassungen und ländliche Entwicklung;
- Ziel 3 - Beschäftigungsmaßnahmen;
- Im Zeitraum 2000 - 2006 insgesamt 213 Mrd. Euro vorgesehen, jährlich etwa 30,4 Mrd. Euro;
- Verbesserungen gegenüber früher: Falls am Ende des zweiten Jahres - gerechnet vom Ende des Jahres der Mittelbindung - keine Vorauszahlung erfolgte oder kein Auszahlungsantrag gestellt wurde, wird die Mittelbindung automatisch annulliert. Soll Altlasten entgegenwirken. Nur 3 - 4% des BIP können von den begünstigten Ländern für strukturpolitische Maßnahmen umgesetzt werden.
- Kombination von Zuschüssen und Darlehen.

- **EU-Erweiterung**

- In der ersten Hälfte 2004 sollen zehn neue Länder dazukommen, außer Bulgarien, Rumänien und Türkei;
- Länder des ehemaligen Jugoslawiens: auf längere Sicht ist Beitritt vorgesehen;
- Stabilitätspakt

➤ **Defizitkriterium**

- Gestern hat die EU-Kommission die Wachstumsprognose für Deutschland für 2003 auf 0,4 % gesenkt. Damit liegt Deutschland in der EU an letzter Stelle. Der Durchschnitt der Euro-Zone beträgt 1 %, in der EU der 15 bei 1,3 %.
- Dies hat zur Folge, daß Portugal, Deutschland, Frankreich und jetzt auch Italien beim Defizitkriterium Sorgenkind der Euro-Zone sind. Danach hat Portugal ein Defizit von 3,5 % (des BIP), Deutschland von 3,4 % und Frankreich von 3,7 %. Für Italien wird für 2004 ein Staatsdefizit von 3,1 % vorhergesagt. Allerdings sprengt Italiens Gesamtschuld bereits jetzt die Grenzen des Vertrages. Diese liegt 2003 bei 106 % des BIP. Für die gesamte Euro-Zone liegt das Defizit bei - 2,5 %.

Presse-Information

7. März 2003

Landesbank Schleswig-Holstein International (LI) legt beim Ergebnis deutlich zu

- **50 Mio € Ergebnis nach Steuern**
- **25 Mio € zur Stärkung des Eigenkapitals**

Die Landesbank Schleswig-Holstein International S.A. (LI), Luxemburg, verzeichnete im Geschäftsjahr 2002 einen sehr positiven Geschäftsverlauf. Das Ergebnis nach Steuern stieg auf 50 (Vj. 20) Mio €. Der Gewinnverwendungsvorschlag sieht neben einer Ausschüttung von 25 Mio € an die Muttergesellschaft LB Kiel eine Erhöhung der freien Rücklagen um 25 Mio € vor. Die offen ausgewiesenen haftenden Eigenmittel der LI steigen damit um 12,5% auf 225,1 Mio €. "Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2002 ist das bislang beste der LI und die Stärkung der Eigenkapitalbasis sichert einen angemessenen Expansionsrahmen für unsere künftigen Geschäfte", erläuterte Dr. Hans-Albrecht Sasse, geschäftsleitendes Verwaltungsratsmitglied der LI.

Deutliche Ertragssteigerung

Zur erfreulichen Entwicklung der Ertragslage trug maßgeblich ein um 13,5 Mio € auf 54,4 Mio € gestiegenes Zinsergebnis bei. Der Provisionsüberschuss sank um 5,4 Mio € auf rund 2 Mio €. Hierin spiegeln sich u. a. gezahlte Prämien zur Absicherung von Ausfallrisiken wider. Deutlich verbessert wurde die Ertragsposition durch ein um 34,2 Mio € auf 31,4 (Vj. -2,8) Mio € gestiegenes Finanzergebnis.

Die LI hat für alle erkennbaren Risiken Vorsorge getroffen und darüber hinaus 6,8 Mio € für die in Luxemburg steuerlich zulässige Möglichkeit zur Bildung von Sammelwertberichtigungen aufgewendet.

Geldhandel und Wertpapiere als Wachstumsträger

Die Bilanzsumme erhöhte sich per Jahresultimo 2002 auf 7,9 (Vj. 7,3) Mrd €. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf eine Erhöhung des bilanzwirksamen Geldhandels um 595 Mio € auf 790 Mio € und einen Zuwachs bei den Beständen an Wertpapieren und Schuldscheindarlehen von rund 700 Mio € zurückzuführen. Das Wertpapierportfolio (ohne Schuldscheindarlehen), das fast vollständig aus fest- und variabel verzinslichen sowie kurzfristig liquidierbaren Werten besteht, stieg um rund 350 Mio € auf 3,5 Mrd €. Dabei wurden sämtliche Papiere zum strengen Niederstwert bilanziert.

Das klassische internationale Kreditgeschäft verzeichnete einen Rückgang der Kreditinanspruchnahmen um rund 600 Mio € auf 2,6 Mrd €. Die Struktur

des Kreditportfolios ist ausgewogen mit einem Anteil von Kreditnehmern aus Deutschland in Höhe von 62% des Gesamtengagements. Der entsprechende Anteil der EU und anderer westlicher Industrieländer liegt bei rund 90%. Der größte Teil des Engagements besteht gegenüber Staaten, Staatsbanken und Kreditinstituten oder wird von diesen garantiert.

Die Geschäftsschwerpunkte der LI liegen im internationalen Kreditgeschäft, Geldmarkt- und Devisenaktivitäten, sowie im Wertpapier- und Privatkundengeschäft. Die LI ist zudem mit 80% an der im Private Banking und der Vermögensverwaltung tätigen NOBIS Société des Banques Privées sowie mit rund 52% an der International Fund Services & Asset Management S.A. (IFSAM) beteiligt. Die IFSAM zählt mit ihrer Fonds-Service-Plattform für institutionelle Anleger zu den führenden Anbietern in Europa und übt im LB Kiel Konzern die Funktion als "Kompetenzzentrum Investmentfonds" aus.